

Fehler bei LPG-Umwandlungen sollen korrigiert werden

Grünen-Fraktionschef Vogel setzt sich in Enquetekommission mit Vorschlag zu Bodenreformland durch

Von Igor Gödlner

POTSDAM | Durchbruch in der Enquetekommission des Landtags zu den umstrittenen LPG-Umwandlungen nach 1990: Das Gremium forderte einhellig die Landesregierung auf, die bisher ungeklärten Fälle aufzuarbeiten und die Betroffenen dabei aktiv zu unterstützen. Es handelt sich dabei um 39 von 365 vorgenommenen Umwandlungen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in juristische Personen, die damals gescheitert sind. Diese Fälle sollen „nach mehr als 20 Jahren einer endgültigen Klärung zugeführt werden“, heißt es in dem Beschluss, dem alle fünf Fraktionen sowie Experten zustimmten. Das Gremium, das die Nachwendjahre aufarbeitet, legte gestern sogenannte Handlungsempfehlungen vor.

Ein Gutachter hatte bei den Umwandlungen „teilweise schwerwiegende Rechtsfehler“ festgestellt. Die Kontrolle durch die zuständigen Registergerichte habe aufgrund fehlender oder unvollständiger Unterlagen versagt.

Nun wurden von der Kommission diese Gerichte gebeten, die Prüfung zügig zum Abschluss zu bringen. Gefragt ist das zuständige Agrarministerium von Minister Jörg Vogel (SPD), das „im Rahmen des rechtlich Zulässigen“ zum Beispiel Empfehlungen an die vermeintlichen Rechtsnachfolger abgeben sollte.

In Brandenburg gab es 1990 rund 800 LPGs. Es wurden 365 unter großem Zeitdruck umgewandelt – in Genossenschaften und GmbHs.

Grünen-Fraktionschef Axel Vogel



„Landeskinder“ im öffentlichen Dienst sollen gefördert werden

■ **Zu den Handlungsempfehlungen** gehört auch ein Passus zum öffentlichen Dienst. Danach sollen die Qualifikationen von „Landeskindern“ für höhere und höchste Positionen im öffentlichen Dienst verstärkt gefördert werden. Ostdeutsche Bewerber für den öffentlichen Dienst „keine ungerechtfertigten Benachteiligungen aufgrund ihrer Biografie“ erfahren bei älteren Bewerbern

Überraschend wurde auch ein Antrag von Grünen-Fraktionschef Axel Vogel zum Bodenreformland angenommen. Für Flächen von Neusiedlern und deren Erben, die an das Land übertragen worden waren, sollte bis zur Klärung der Rechtsfragen ein Verkaufsstopp erlassen werden. Für diesen Vorschlag gab es eine knappe Mehrheit. Es sollten Initiativen zur Rückgabe der Flächen ergriffen werden, heißt es weiter.

Vogel äußerte sich erfreut über die Einsicht der Kommissionsmitglieder. „Wir haben uns

Arbeitnehmer sollten entsprechende Anpassungsqualifikationen geprüft werden. Die Empfehlungen richten sich an die Landesregierung. Hintergrund ist offenbar die Dominanz von aus den alten Bundesländern stammenden Mitarbeitern in der brandenburgischen Verwaltung. So stammen nur sieben von 40 Abteilungsleitern der Landesregie-

voll umfänglich verständigt. Das schien am Anfang der Arbeit völlig aussichtslos“, sagte Vogel der MAZ.

Die Kommission empfahl außerdem, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in den brandenburgischen Schulen zu verstärken. So sollen die SED-Diktatur im Vergleich mit dem demokratischen Rechtsstaat, die Tätigkeit der Stasi und die friedliche Revolution 1989 ausführlich in den Fächern Geschichte und Politik behandelt werden. Dafür müssten mehr Zeitzeugen in den Unterricht einbezogen werden. Zudem soll durch finanzielle Zuschüsse den Schulklassen der Besuch von Gedenkstätten ermöglicht werden.

Im Abschnitt Medien wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) aufgefordert, in der Berichterstattung über Themen zur DDR-Geschichte „nicht nachzulassen“. Den Abschlussbericht will die Kommission, die seit 2010 arbeitet, Mitte März fertig haben. Im April soll der Bericht dann im Parlament